



Wie erwartet, gab es um die langfristige Sicherung der AHV die grössten Diskussionen in der März-Session des Landtags.

Bild: Daniel Schwendener

An welchen AHV-Stellschrauben drehen?

Über fünf Stunden diskutierte der Landtag gestern diese Frage. Klar war danach nur, dass der FBP-Vorschlag von niemand unterstützt wird.

Patrik Schädler

Völlige Einigkeit bestand in einem Punkt: Die AHV in Liechtenstein ist kein Sanierungsfall. Doch für die langfristige Sicherung des Vorsorgewerkes müssen in diesem Jahr Massnahmen getroffen werden. So ist es im Gesetz vorgesehen. Denn das versicherungstechnische Gutachten der Regierung zeigt, dass ansonsten das Reservepolster der AHV im Jahr 2038 unter das Minimum von fünf Jahresausgaben fällt.

Das Gutachten zeigte drei Stellschrauben auf, um dies zu verhindern: Erhöhung des Staatsbeitrages, Beiträge der

Arbeitnehmer und -geber anheben und die Anhebung des Rentenalters auf 66 Jahre. Als Alternative hat die FBP-Fraktion eine dreiteilige Lösung vorgeschlagen. Dabei hätte die Bürgerpartei zunächst den Finanzausgleich bei den finanzstarken Gemeinden um 20 Millionen gekürzt. Um diese Summe hätte der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) erhöht werden sollen, damit die Krankenkassenprämien sinken. Dies, um anschliessend die AHV-Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer um insgesamt 0,6 Prozent zu erhöhen. Doch mit diesem Vorschlag ist

die FBP gestern im Landtag grandios gescheitert. Kein Vertreter einer anderen Partei konnte dieser Vermischungslösung etwas abgewinnen.

Beck zum FBP-Vorschlag: «Ein Rohrkrepiierer»

«Der Vorschlag der FBP ist eine dem kurzfristigen politischen, protektionistisch und populistisch motivierten Effekt geschuldete, gefährliche Mogelpackung», so beschrieb der Abgeordnete Christoph Wenaweser (VU) den FBP-Vorschlag. Damit würden zwei sachlich jedem Zusammenhang entbehrende Löcher mit einem ebenfalls jedem sachlichen Zusammen-

hang fremden Topf verbunden. Für sein Votum erhielt Wenaweser «zu 100 Prozent Zustimmung» des DU-Abgeordneten Harry Quaderer. «Der Vorschlag der FBP ist eine schallende Ohrfeige für die Grenzgänger, welche massgeblich zu unserer Wirtschaft beitragen», so Quaderer. Herbert Elkuch (NF) bezeichnet die Idee als «völlig daneben» und Thomas Lageder gar als «nationalistisch angehaucht.»

Rainer Beck (VU) war überrascht über den «völlig überraschenden und nichtgekannten Gestaltungsschreiz der FBP» und ortete den Start eines «FBP-gute-Laune-gute-Stim-

mung-Wahlkampfes». «So verspricht sie, dass alle zu Gewinnern werden, wenn denn dem Vorschlag gefolgt wird. Für mich ist das Ganze mit oder ohne Zahlen ein Rohrkrepiierer», so Beck.

Trotz der negativen Kritik gaben insbesondere Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Alexander Batliner und Wendelin Lampert den Kampf für ihre Idee nicht auf. Doch der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend gab ihnen den Ratschlag der Dakota-Indianer: «Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab.»

Doch in der über fünfstündigen Debatte wurde nicht nur

der FBP-Vorschlag diskutiert, sondern auch andere Ansätze. Diese orientierten sich aber alle an den Stellschrauben, welche schon das versicherungstechnische Gutachten aufgezeigt hat.

«Ich stehe nun vor der nicht sehr leichten Aufgabe, aus dem heute gesagten etwas zu machen, bei dem ich denke, dass es mehrheitsfähig sein könnte», so Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini am Ende der Debatte. Er wird dem Landtag noch in diesem Jahr eine entsprechende AHV-Revision vorlegen müssen. Den Vorschlag seiner eigenen Partei wird er dabei aber mit Sicherheit in der Schublade lassen.

Einschätzung der Mehrheitsfähigkeit der Lösungsansätze

Erhöhung des Staatsbeitrages ist unumgänglich

Eine Erhöhung des Staatsbeitrages ist nicht nur die einfachste Lösung, sondern auch nötig, um die Zielsetzung von fünf Jahresreserven zu erreichen. Und um den Beschluss einer Rentenerhöhung im Wahljahr zu verhindern. Die Frage wird sein, um welche Summe der Beitrag erhöht wird. Die Regierung hat im Bericht zum Gutachten selbst eine Erhöhung um 10 auf 40 Millionen Franken vorgeschlagen. Die Idee des VU-Abgeordneten Christoph Wenaweser könnte bei diesem Punkt interessant werden. Er hat erneut vorgeschlagen, dass man den Staatsbeitrag mit

einer Unter- und Obergrenze an das Umlagedefizit der AHV koppeln könnte. Der Staat soll dabei 50 Prozent des Defizits übernehmen. Im Minimum aber 30 und im Maximum 50 Millionen Franken. Dieser Vorschlag erhielt im Landtag schon einmal zwölf Stimmen.

Die VU und die Freie Liste würden dieser Idee auf jeden Fall zustimmen. Und auch bei den Skeptikern könnte dieser Ansatz als Kompromisslösung im Herbst die eine oder andere Stimme erhalten. Der Staatshaushalt würde dies problemlos aushalten und niemandem weh tun. (sap)

Eine Beitragserhöhung hinter der Kommastelle

Bei der Erhöhung der Beitragsätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehen die Meinungen weit auseinander. Für viele kommt dieser Schritt nicht Frage, da damit die Lohnnebenkosten für die Wirtschaft steigen. Selbst die Freie Liste ist bei diesem Punkt zurückhaltend bis ablehnend. Die Neue Fraktion bzw. die Demokraten pro Liechtenstein sind der Meinung, dass dies der einzig richtige Schritt ist. Sie würden die AHV-Beiträge auf die Höhe der Schweiz (8,7 Prozent) anheben. Dies würde eine Erhöhung von jeweils 0,3 Prozent der Lohnsumme für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bedeuten.

Oder, wie Herbert Elkuch vorgerechnet hat, für jeden Arbeitnehmer 3 Franken pro 1000 Franken Lohn.

Ein Kompromissvorschlag, der mehrheitsfähig sein könnte, kam vom Gewerbetreibenden Frank Konrad (VU): «Ich kann mir eine Beitragssatzerhöhung in Liechtenstein von den heutigen 8,1 Prozent auf 8,4 Prozent vorstellen. Dies aber erst ab dem 1.1.2023. Denn die letzte Beitragssatzerhöhung auf 8,1 Prozent wurde auf den 1.1.2018 eingeführt.» Damit gäbe es aus seiner Sicht keinen Wettbewerbsnachteil für Unternehmen in Liechtenstein. (sap)

Rentenerhöhung wird kommen, aber nicht so schnell

Eine Erhöhung des Rentenalters wird kommen. Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erklärte gestern, dass dies «mittelfristig unvermeidbar» ist. Auch Harry Quaderer (DU) war gestern der Meinung, dass man darüber diskutieren muss, «auch wenn es unpopulär ist». Und Christoph Wenaweser (VU) erklärte: «Ob wir es schön finden oder nicht schön finden, wir werden länger arbeiten müssen.» Dies auch, weil immer weniger Junge nachkommen. Wenaweser wünscht sich aber auch, dass man eine Indexierung des Rentenalters an die Lebenserwartung ernsthaft prüft. Dies

hatte auch Erbprinz Alois in seiner diesjährigen Thronrede geraten.

Noch ist der Leidensdruck aber nicht gross genug. Die Staatskasse ist prall gefüllt und Liechtenstein ein «Land, in welchem Milch und Honig fliessen», wie Wendelin Lampert (FBP) gestern sagte. Dazu kommt, dass wir in einem Wahljahr stehen. Somit wird es bei dieser Revision auf eine Mischung oder eine Stufenlösung zwischen einer Erhöhung des Staatsbeitrages und einer Anhebung der Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hinauslaufen. (sap)